

# Nicht länger Konzernanhängsel

## Nach Verriss durch Bundesrechnungshof: Union und SPD denken Reform der Unabhängigen Patientenberatung nach

Ralf Wurzbacher

Wohin führt der Weg der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD)? Innerhalb der Regierungskoalition wird dieser Tage verstärkt darüber diskutiert, ob und wie die in gesetzlichem Anlaufstelle für in Gesundheitsfragen Hilfesuchende reformiert werden soll. Nach geltendem Regelwerk der Betrieb der Einrichtung im nächsten Jahr turnusmäßig per Ausschreibung vergeben werden – an neuen oder den aktuellen Träger. Weil die Qualität der UPD in den Jahren unter kommerzieller Regie gelitten hat und sie der Pharmaindustrie nahesteht, steht das Modell möglicherweise vor dem Aus. V SPD sich schon länger für eine Neuaufstellung ausspricht, zeichnet sich nun auch innerhalb der Union Umdenken ab.

Rückblick: Die bis dahin zivilgesellschaftlich organisierte UPD war 2016 an die Callcenterfirma Sanva übergeben worden, einen Dienstleister der Krankenkassen. 2018 übernahm mit der Careforce GmbH Mitarbeiter der Pharmaindustrie das Ruder bei Sanvartis und der UPD (jW berichtete exklusiv am 29. 2018). Mit der Privatisierung wurden die Beratungsleistungen sukzessive schlechter. Zudem steht seit Verdacht im Raum, die Fördermittel vom Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zweckentfremdet zur Profitmaximierung abgezweigt worden sein – etwa durch überbezahlte Software. Ein Prüfbericht des Bundesrechnungshofes (BRH) vom vergangenen Sommer bestätigte die Vorwürfe bezifferte die aus der UPD abgezogenen Summen mit 30 Prozent oder 20 Millionen Euro bis zum Ablauf der siebenjährigen Förderperiode.

Ein Mitte vergangener Woche publik gewordenes Rechtsgutachten im Auftrag der Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Claudia Schmidtke (CDU), zeigt vier mögliche Varianten einer Neuausrichtung auf. Vor, kommerzielle, gewinnorientierte oder nicht gemeinnützige Anbieter von der Ausschreibung aus. Der Vorteil läge in der »präventiven Immunisierung des Beratungsangebots vor der Einflussnahme durch Anbieter gesundheitsbezogener Waren und Dienstleistungen«, zitierte das Ärzteblatt am 13. Januar ein Papier. Nach dem »Ausbaumodell« könnte die UPD an bestehende Strukturen angegliedert werden, an das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), an die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und an die Patientenbeauftragte der Bundesregierung. Priorisiert wird ein Stiftungsmodell, das besonders dafür geeignet sei, »innovativen Input durch wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Partizipationsstrukturen zu gewährleisten«. In diese Richtung geht auch ein während der digitalen Klausurtagung vom 9. Januar beschlossenes Themenpapier der SPD-Bundestagsfraktion. Es fordert ein Aussetzen des Ausschreibungsverfahrens und dafür plädiert, die UPD in die Hände einer unabhängigen Stiftung in Trägerschaft der maßgeblichen Patienten- und Verbraucherorganisationen sowie der organisierten Selbsthilfe zu legen.

Das deckt sich in Teilen mit den Empfehlungen der Grünen-Fraktion, die dazu einen Antrag ins Parlament eingebracht hat. Eine Stiftung genieße »hohes Vertrauen und ermöglicht eine unabhängige Trägerstruktur und Planungssicherheit«, äußerte sich deren gesundheitspolitische Sprecherin, Maria Klein-Schmeink, gegenüber jW. Denkbar sei eine Förderung aus dem Gesundheitsfonds, ergänzt um eine Beteiligung an der Krankenversicherung, wobei die Verwendung der Mittel durch das Bundesamt für Soziale Sicherung kontrolliert werden solle. Von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) erwartet Klein-Schmeink eine »Lösung« mit dem Ergebnis einer »starken und unabhängigen Institution, die an der Seite der Patienten steht«.

---

**<https://www.jungewelt.de/artikel/394629.privatisierung-im-gesundheitswesen-nicht-laenger-konzernanhaengsel.html>**